



ÖDP Landesverband Berlin

**Landespolitisches Programm
für Berlin**

*„Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt
morgen aussieht.“*

(Marie von Ebner-Eschenbach)

Inhaltsverzeichnis

Klimaneutrales Berlin.....	3
Mobilitätswende jetzt – Mobilitätsgesetz umsetzen, ÖPNV ausbauen.....	5
Gemeinwohlökonomie für Berlin	7
Demokratie fördern – Berlin transparent und bürgerlich	12
Berlin – sozial und solidarisch.....	14
Ökologische Abfallwirtschaft für Berlin	17
Öffentliches Wassermanagement	20
Mobilfunk – gesundheits- und umweltverträglich sowie datenschutzkonform gestalten	24
Impulse für Bildung, Kultur und Freizeit setzen	26

Klimaneutrales Berlin

Rettet das Klima – jetzt!

Die Klimakatastrophe ist real und muss konsequent bekämpft werden – auch in Berlin. Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens von 2015 noch zu erreichen, muss Berlin schnellstmöglich klimaneutral werden und nicht erst im Jahr 2045, wie es die Senatsverwaltung aktuell vorsieht. Berlin hat erheblichen Nachholbedarf beim Klimaschutz. Dies wird insbesondere beim Thema Kohlenutzung sichtbar, denn aktuell laufen in Berlin noch Kohlekraftwerke für Strom- und Wärmebereitstellung. Der geplanten Dekarbonisierung und Umstellung der Gaskraftwerke auf „fossilfreien“ Wasserstoff, die von der landeseigenen BEW bis 2040 angekündigt wurde, fehlt es bislang noch an konkreten und praktikablen Umsetzungsplänen.

Klimawandel wirklich ernst nehmen: Berlin ist eine grüne Stadt, aber fast alle Straßenbäume leiden auch an den Folgen des Klimawandels. Bisher bei uns heimische Baumarten werden hier nicht überleben. Der Klimawandel ist also ein dramatischer Fakt, der auch Berlin jetzt schon betrifft.

Wir stellen uns beim Thema Klimawandel hinter die Forderungen der Bewegungen „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ und begrüßen ausdrücklich zivilgesellschaftliches Engagement im Klimaschutz.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Raus aus der Kohle bis 2030 und flächendeckender Ausbau von Photovoltaik- und Solaranlagen durch Abbau bürokratischer Hürden. Photovoltaikanlagen auf allen Dächern öffentlicher Gebäude könnten hier einen relevanten und sichtbaren Beitrag leisten.
- Energieeinsparpotenziale ausschöpfen und den Energieverbrauch deutlich senken: Abschaltung gewerblicher Beleuchtung im Außenbereich zwischen 23 Uhr und 6 Uhr.
- Klimaneutralität im Gebäudesektor durch Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands, ohne dabei die Mieter finanziell mehr zu belasten.
- Wärmewende bei Altbauten vorantreiben. Neubauten am gesetzlichen Plusenergiehaus-Niveau anlehnen, für eine bezirksweise Versorgung mit erneuerbarer Energie.
- Alle neu geplanten Investitionen der Stadt Berlin müssen an den CO₂-Einsparpotenzialen ausgerichtet werden.

Mobilitätswende jetzt – Mobilitätsgesetz umsetzen, ÖPNV ausbauen

Der Klimawandel und die begrenzte Fläche in einer immer dichter besiedelten Stadt machen es dringend notwendig, über eine gerechte Verteilung der städtischen Räume neu nachzudenken. Öffentliche Flächen müssen zu einer lebenswerten und klimagerechten Stadt beitragen.

Die ÖDP will Mobilität gesundheitlich, sozialverträglich und ökologisch neu denken und damit „enkeltauglich“ gestalten. Der Anteil des Autoverkehrs, der unsere Luft verschmutzt, muss zugunsten von schadstoffarmen Alternativen wie Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV verringert werden. Wir brauchen keine autogerechten, sondern menschengerechte Städte! Hierfür die richtigen städtebaulichen Rahmenbedingungen zu schaffen ist Aufgabe des Senats.

Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Motorisierter Individualverkehr soll so weit wie möglich vermieden, unvermeidbarer Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert und der übrige Verkehr umweltverträglicher, gesünder und leiser gestaltet werden.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Ausbau des ÖPNV, dazu auch S- und Regionalbahnverkehrs ins Berliner Umland und Verdichtung der Fahrplanktakte.
- Radverkehrssteigerung durch den Umbau von Verkehrswegen für mehr und sicheren Radverkehr. Endlich ein ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Verkehrskonzept!
- Nutzung der Expertise und Beratung von Fachverbänden wie adfc, VCD, „Bündnis Schiene Berlin Brandenburg“ (BSBB) und Bürgerinitiativen.
- Errichtung von sicheren und regengeschützten Parkhäusern für Fahrräder an ÖPNV-Umsteigebahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten.
- Einführung einer sozialverträglichen City-Maut.
- Verdichtung der Takte des ÖPNV.
- Mehr kostenlose P+R Parkplätze in der Peripherie.
- Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn! Sofortige Rücknahme der Ausschreibung der Berliner S-Bahn. Die ÖDP Berlin schließt sich den Forderungen der Bürgerinitiative „Gemeingut in Bürger/-innenhand“ an.
- Priorisierung von Projekten und Maßnahmen im Mobilitätssektor anhand von ökologischer und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit.

Gemeinwohlökonomie für Berlin

Die ÖDP Berlin setzt sich für die Erhöhung der Lebensqualität für alle ein. Die einseitige Ausrichtung der Politik auf Wirtschaftswachstum stellt die Stadt vor gravierende Probleme.

Die Belastung von Luft und Wasser nimmt zu, der Druck auf die verbliebenen Grünflächen ist immens und Wohnraum wird für immer mehr Menschen zur unerschwinglichen Mangelware. Eine lebenswerte Wirtschaft heißt: nachhaltig, gesund, sozial und regional. Ewiges Wachstum gibt es nicht; wir müssen uns auf eine Postwachstumsökonomie vorbereiten. Unser Ziel ist eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang, ohne Profitgier, ohne soziale Ausgrenzung und ohne Umweltzerstörung: eine ökosoziale Marktwirtschaft. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft!

Wir wollen eine andere Wirtschaftspolitik, die heute und morgen fair zu allen Menschen ist. Ein lebenswertes Berlin benötigt eine Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen für die Berliner Bevölkerung erbringen und dabei Aspekte der Gemeinwohlökonomie berücksichtigen.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Berlin muss Stadt der Gemeinwohlökonomie werden. Als Vorreiter einer ethisch-sozialen Wende, in der das Wirtschaftswachstum nicht mehr die zentrale Rolle einnimmt und progressive Wohlstandsindikatoren einführt, wie sie von der Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) vorgeschlagen sind. Dazu zählen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmungs- und Vermögensbildungsaktivitäten, ethisches Beschaffungsmanagement, Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung.
- Wichtige öffentliche Güter der allgemeinen Daseinsvorsorge gehören ausnahmslos wieder in die öffentliche Hand.
- Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz nach GWÖ-Richtlinien aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile - wie z.B. einen um 50% ermäßigten Gewerbesteuer-Hebesatz - genießen.
- Regionale und kleine Betriebe fördern: Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in Berlin dauerhaft zu sichern. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Forderung nach einer Ausweitung der Existenzgründerprogramme und speziell Beratungsangebote für die Förderung von Existenzgründungen von Frauen. Die gültigen Gesetze zur Stärkung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und Vermeidung von Scheinselbständigkeit sind verstärkt durchzusetzen.

L(i)ebenswertes Berlin – sicher und bezahlbar wohnen

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unsere Demokratie und Gesellschaft leben von einer breiten Beteiligung und einem starken Miteinander. Die ÖDP fordert eine direkte und bürger-nahe Politik, transparente Entscheidungen und konstruktiven Meinungs-austausch über soziale und demographische Grenzen hinweg. Wir wollen Berlin als eine lebenswerte Stadt für alle Generationen gemeinsam mit allen Bürgern gestalten.

Die ÖDP setzt sich für ein faires Mietrecht ein. Wuchermieten und Immobilienspekulation zu Lasten der Menschen in dieser Stadt müssen verhindert werden. Es muss dringend in großem Umfang bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Städtische Flächen dürfen ausschließlich für den Wohnungsbau in städtischer und genossenschaftlicher Hand genutzt werden. Die Nachverdichtung darf nicht maßlos fortgesetzt werden und die bestehenden Grünflächen sowie Kleingärten gefährden. Wohnraum muss Vorrang vor Gewerbe- und Büroflächen haben.

Berlins Attraktivität ist ungebrochen. Statistiker rechnen mit kontinuierlichem Bevölkerungswachstum bis ins Jahr 2040. Der Immobilienmarkt dient oft mehr Anlegerinteressen als dem Bedürfnis von Menschen nach einem Zuhause. Wohnungsknappheit und steigende Preise waren bisher Folge einer unkoordinierten Wachstumspolitik, denen auch viele Freiflächen zum Opfer fielen. Die weiterhin wachsende Stadt und der Klimawandel sorgen für die Notwendigkeit, Grün- und Freiflächen zu erhalten, sowie gleichzeitig kostengünstigen Wohnraum zu schaffen.

Die ÖDP steht für eine nachhaltige Flächenpolitik und eine sozial gerechte Wohnungsbauentwicklung. Eine Wiederbele-

bung des jahrzehntelang vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus in städtischer Trägerschaft ist dringend notwendig.

Eine sichere und lebenswerte Stadt benötigt auch eine angemessene Ausstattung von Polizei, Feuerwehr und Justizbehörden. Dies muss auch in Berlin gewährleistet sein.

Die Berliner Verwaltung muss schneller und effizienter werden. Hierfür müssen die Möglichkeiten von E-Governing genutzt und die Ausrüstung mit hoher Priorität gesteigert werden.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Zielbild: die Stadt der kurzen Wege (15-Minuten-Stadt). Gemischte, lebenswerte Quartiere schaffen.
- Wiederbelebung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in städtischer Trägerschaft. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften müssen gestärkt werden.
- Vorrangige Berücksichtigung von städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften beim Verkauf von Flächen und Immobilien aus staatlichem Eigentum.
- Vermeidung weiterer Flächenverdichtung, brachliegende Industriebauten umwandeln zu Wohnraum, Bestandschutz von Schrebergärten. Steuer zur Verhinderung von Bodenspekulation auf ausgewiesene Baulandbrachen.
- Erhalt und Nutzung des Tempelhofer Feldes auf der Basis des Berliner Volksentscheides: Erhalt der Fläche für die Öffentlichkeit als Freizeit- und Erholungsraum, keine Bebauung, jedoch Teilumwandlung des Flughafen-gebäudes in Wohnungen.
- Gleiche Rechtssicherheit für alle Kieze; die personelle und materielle Ausrüstung der Berliner Polizei, Feuerwehr und Justizbehörden muss gewährleistet sein. Weitere Präsenz im Kiez durch Kontaktbeamte sowie Radstaffeln auf die Straße.
- Kindergeld nicht mehr auf Bürgergeld anrechnen. Kein Profitstreben bei Kinderversorgung und Altenpflege, Finanzmittel für bessere Entlohnung.
- Förderung eines attraktiven Gesellschaftsdienstes für alle Jugendlichen, Erlernen sozialer Kompetenz und menschlicher Empathie.
- Wohnungs- und Obdachlosigkeit muss aktiv bekämpft werden.

Demokratie fördern – Berlin transparent und bürgernah

Das Handeln der Berliner Verwaltung muss transparent und nachvollziehbar werden. Aktive Veröffentlichung von online einsehbaren Akten hilft Bürgern, den Medien wie Initiativen, frühzeitig Einblick in das Handeln von Politik und Verwaltung zu erhalten und mitzugestalten. Wir fordern Transparenz in allen Bereichen des städtischen Handelns, ohne Ausnahme und unterstützen die Initiative „Berliner Transparenzgesetz“. Bürgerschaftliches Engagement auf Landesebene und in den Bezirken muss unterstützt werden. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen müssen geschaffen und gestärkt werden.

Die ÖDP steht für unabhängige Politik, mutige Entscheidungen, frei von den Einflüssen von industriellen Lobbyverbänden. Parteien, die ihre politischen Entscheidungen durch Annahme von solchen Zuwendungen beeinflussen lassen, haben im Abgeordnetenhaus nichts mehr verloren.

Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die seit ihrer Gründung ganz bewusst auf Unternehmensspenden verzichtet. Politik muss gemeinwohlorientiert und unabhängig von Geldflüssen und Einzelinteressen sein.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Schaffung eines Transparenzgesetzes, das diesen Namen verdient: ohne weitgehende Ausnahmetatbestände, die den Sinn des Gesetzes untergraben.
- Ermöglichung von mehr Partizipation: Einführung von Bürger/-innenräten für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu Problemen im Kiez oder Bezirk. Verbindliche Regeln zur Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge.
- Einführung der Dualwahl quasi einer „Ersatzstimme“ zur Wahl des Abgeordnetenhauses: Jeder Wähler/jede Wählerin sollte eine zweite Partei benennen dürfen, an die die Stimme fällt, wenn die Partei der ersten Wahl an der Sperrklausel scheitert. Niemand müsste dann mehr befürchten, dass eine Stimme für seine Lieblingspartei "verschenkt" wäre, und könnte ehrlich statt taktisch wählen.
- Verbindliche Bürgerentscheide auf Bezirks- und Landesebene.
- Geltendes BVV-Wahlrecht muss auch auf die Wahl zum Abgeordnetenhaus angewendet werden: Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie Einführung eines Wahlrechts für EU-Bürger/-innen.
- Einführung eines Verbots für alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, Parteispenden von Unternehmen und Interessenverbänden anzunehmen.

Berlin – sozial und solidarisch

Berlin ist eine der lebenswertesten Städte der Welt mit bald vier Millionen Einwohnern. Eine pulsierende Metropole, die Menschen aus aller Welt anzieht. Berlin ist eine Stadt der Freiheit und der Chancen für Menschen, die hier ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe verwirklichen möchten. Diese Toleranz und Vielfalt ist Teil der Anziehungskraft unserer Stadt.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt und alle Berlinerinnen und Berliner, ob alteingesessen oder frisch zugezogen, auch in Zukunft gerne in Berlin leben!

Wir wollen eine Stadt, in der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft, Muttersprache, sexueller oder religiöser Orientierung sicher und wohl fühlen. Jeder Mensch soll in Berlin nach seiner Art glücklich werden - und in einer offenen Gesellschaft nicht für seine Lebensweise oder Überzeugungen diskriminiert werden. Wir wollen ein solidarisches, inklusives und weltoffenes Berlin.

Mitgefühl und die Verantwortung für sich selbst und für andere sind grundlegende Werte, die wir verfolgen. Um dies aufrechtzuerhalten oder in Teilen gar erst zu ermöglichen, setzt sich die Berliner ÖDP dafür ein, alle sinnvollen Präventionsmaßnahmen in sozialen und gesundheitlichen Bereichen wesentlich auszuweiten und zu verbessern. Bildung und Teilhabe für alle Generationen, denn Bildung schafft Chancengleichheit und wirkt inklusiv. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden durch wertschätzende und fördernde Begleitung für ein eigenständiges Leben in einer weltoffenen und nachhaltig wirksamen Gesellschaft vorbereitet. Die Sicherung von Bildung und Teilhabe aller muss in der Stadt gewährleistet sein. Familien, Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung: Alle haben in der Stadtgesellschaft einen Platz.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Durchsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei allen öffentlichen Projekten. Ausbau von Sportstätten unter dem Gesichtspunkt der Inklusion, barrierefreier Zugang aller öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel.
- Texte müssen verständlich und leicht lesbar bleiben. Das Gendern amtlicher Schreiben ist auf wenige Höflichkeitsfloskeln zu begrenzen und darf nicht zu Grammatikfehlern (Partizip) führen.
- Förderung der Ansiedlung von Kinderärzten in unterversorgten Bezirken.
- Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so stark gefährdet wie Familien mit Kindern. Deshalb ein einkommens-unabhängiges Erziehungsgehalt!
- Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In Familien kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden. Die Stadt muss Kinder als Träger unserer Gesellschaft von morgen mehr wertschätzen. Ausbau der Kinderspielstätten in allen Bezirken und Ausbau einer für Kinder sicheren Verkehrsinfrastruktur.
- Berlin als Hauptstadt sollte Vorbild werden in Sachen Nichtrauchererschutz und Drogenprävention. Werbung jeglicher Art für alkoholische Getränke ist konsequent aus dem öffentlichen Raum und insbesondere aus den Medien zu verbannen. Darüber hinaus sind alle Tabakerzeugnisse und alkoholische Produkte grundsätzlich aus den Kassenbereichen der Lebensmittelgeschäfte zu entfernen und nur in dafür geschützten Bereichen auszustellen (räumliche Abtrennung). Die strengeren Regelungen für Raucher-Gaststätten im Berliner Nichtraucherchutzgesetz sollten auch

- auf die bislang gesetzlich privilegierten Sisha-Bars ausgeweitet werden.
- Die Zahl der Senioren in Deutschland steigt; in Berlin ist passender Wohnraum oft ein Problem. Genau deswegen brauchen wir mehr altersgerechte und bezahlbare Wohnungen.

Ökologische Abfallwirtschaft für Berlin

Kreislaufwirtschaft ohne Greenwashing!

Ressourcen sparen und die Ausbeutung der Natur stoppen – das sind die Ziele einer ökologischen Kreislaufwirtschaft. Der nicht recycelte Teil des Mülls wird verbrannt, verschifft, deponiert oder unter Tage gebracht. So werden wertvolle Rohstoffe verschwendet und es können Dioxine und andere giftige Altlasten entstehen.

Müllvermeidung durch die Verbraucher ist wichtig und hilft! Dies reicht uns aber nicht. Die Verantwortung für das Abfallproblem darf nicht einseitig auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Uns als ÖDP ist klar, dass Berlin als kleiner Stadtstaat allein nur wenig Möglichkeiten hat, Einfluss auf die großen Verursacher des Abfallproblems zu nehmen. Trotzdem kann der Berliner Senat etwas tun: Wir wollen, dass Berlin sich zusammen mit anderen Bundesländern für gesetzliche Regelungen einsetzt, die problematische Verpackungen und Elektroschrott minimieren: Für eine sauberere Umwelt und für den Klimaschutz.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Einsatz der Landesregierung für eine Ausweitung der Pfand- und Rücknahmepflicht auf alle mehrwegfähigen Verpackungsarten im Handel sowie Ausweitung der Rücknahme- bzw. Pfandpflicht für alle nicht mehrwegfähigen Behälter und Gebrauchsgegenstände.
- Ortsnahe Wiederaufbereitung - Ziel: eine zirkuläre Wirtschaft mit Förderung von verpackungsfreiem Warenverkehr.
- Konsequentes Durchgreifen gegen illegale Müllablagerungen, -exporte und -deponien: Die Überwachung und Ahndung durch die Behörden muss besser werden.
- Serviceorientierte Abfallentsorgung: Erweiterung der Angebote durch dezentrale Abgabestellen für Sperrmüll und andere (Sonder-)Abfälle.
- Beschaffung und Verwendung von Recyclingprodukten und wiederverwendbaren Materialien in Stadtverwaltungen, städtischen Einrichtungen, stadteigenen Unternehmen und Partnern wo immer dies möglich ist.
- Förderung der Entwicklung und Erprobung von innovativen Methoden in der Abfallwirtschaft, wie z.B. Pyrolyse.
- Gesetzesinitiative Berlins im Bundesrat für das Verbot besonders problematischer Verpackungen wie zum Beispiel Verpackungen, die mit Aluminium verschweißtes Plastik enthalten.
- Berlin muss auch bei der Beschaffung und Verwendung seiner IT auf Nachhaltigkeit setzen. Durch die verstärkte Nutzung von Open Source Software kann die Flexibilität gesteigert und Abhängigkeiten von großen IT-Herstellern und Softwarefirmen gesenkt werden. Das ermöglicht auch eine längere Nutzung von IT-Hardware.
- Weniger Abriss und mehr Instandhaltung: Bauabfälle machen den größten Anteil am Gesamtvolumen der Berliner

Abfälle aus. Der Erhalt und die Sanierung von bestehenden Gebäuden macht deshalb auch in Bezug auf die Vermeidung von Abfällen Sinn. Bauschutt soll so weit wie möglich recycelt werden.

Öffentliches Wassermanagement

Berlin gilt mit seinen zahlreichen Gewässern mit umliegenden Grün- und Waldflächen als grüne Metropole in Europa. Nur mit einem ausgewogenen Wasserhaushalt sichert unsere grüne Lunge weiter die Filterung von Feinstaub und Schadstoffen aus der Luft und bewirkt durch Verdunstungseffekte eine Befeuchtung und Abkühlung im Sommer. Parks und Bäume sind für ein gesundes Stadtklima wichtig. Ein 40-jähriger Laubbaum produziert so viel Sauerstoff, wie zwei Menschen zum Atmen benötigen. Doch für ihre Pflege werden meist große Mengen Trinkwasser verwendet, während Regenwasser wie Abwasser in die Kanalisation geleitet und wertvolle Wassermengen verschwendet werden. Deshalb brauchen wir ein ökologisches urbanes Regenwassermanagement. Wir fordern eine zielgerichtete Neuausrichtung der Stadtentwicklungsplanung mit innovativen Speicher- und Entwässerungskonzepten als Antwort auf Starkregenereignisse sowie zur Sicherung des Wasserhaushaltes und des zukünftigen Trinkwasserbedarfs.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Modernisierung und Integration von innovativen Speicher- und Entwässerungsanlagen in das Netz der Berliner Wasserbetriebe. Regenwasser ist eine Ressource! Nutzung von Regenwasser, das auf Gebäude fällt, für die Bewässerung von Straßenbäumen und Parkanlagen. Davon zu unterscheiden ist Niederschlagswasser, das z. B. auf Straßen oder Gewerbeflächen fällt. Hier macht die Kontamination mit Reifenabrieb und anderen Giftstoffen eine Entsorgung über den Abwasserkanal notwendig.
- Besserer Schutz vor umweltschädlichen Emissionen in Berlin-Brandenburger Gewässern. Chemieunfälle bei Bränden in Gewerbegebieten sind konsequent zu verhindern, technische Nachrüstungen einzufordern. Kontaminiertes Löschwasser darf nicht in die Kanalisation gelangen. Mehr Trinkwasserschutz fördern, weiteres Fischsterben verhindern!
- Finanzielle Förderung von Schwammsystemen inklusive Einbindung von Dachentwässerung mit Bauwerksbegrünung zur vegetativen und nachhaltigen Wasserversorgung und Erhalt eines gesunden Stadtklimas.
- Umsetzung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten Zustandes von Oberflächen- und Grundwasser durch Bereitstellung der erforderlichen personellen und finanziellen Strukturen und klare Zuweisung von Zuständigkeiten für diesen Bereich der Berliner Stadtentwicklung.

Biologische Vielfalt, nachhaltige Landwirtschaft und Tierschutz

Erfolgreiche Politik mit dem Volksbegehren zur Artenvielfalt und der Bienenrettung machten die ÖDP deutschlandweit bekannt. Unsere 47 landwirtschaftlichen Betriebe als Teil einer regional verankerten Struktur sollen gestärkt werden, ebenso die Verbindung zum Verbraucher durch die Förderung der lokalen Wochenmärkte. Auf allen Berliner Agrarflächen wollen wir eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die in der Stadt ihre Absatzmärkte findet und Voraussetzung für eine breite Artenvielfalt ist.

Der Tierschutz ist im Grundgesetz in Artikel 20a verankert, und wir haben die Pflicht, Tieren diese Rechte zu sichern. Maßnahmen sind zu ergreifen, die den Fleischkonsum in Berlin reduzieren, und höchste Standards beim Tierschutz umzusetzen.

Die Berliner Forsten dienen neben der Holzgewinnung zeitgleich der Naherholung und müssen als CO₂-Speicher erhalten und finanziell gefördert werden. Bei der Aufforstung sollen zukünftig Mischwälder und keine Monokulturen entstehen. Die Berliner Stadtbäume, Hecken und Gehölze dienen vielen Tieren als Nistplätze und Lebensräume. Sie müssen daher strenger geschützt werden. Teile des Tempelhofer Feldes dienen bereits selten gewordenen Arten als innerstädtischer Rückzugsort. Wir wollen das Tempelhofer Feld im Ganzen erhalten, nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Tiere. Gewässer dienen als Lebensraum und geben den Menschen einer Stadt zeitgleich viel Lebensqualität, darum muss die Spree sauberer werden!

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Konsequenteren Maßnahmen beim Tierschutz und ein Verbot von Tierversuchen zu Forschungszwecken, Forderung nach einem Lehrstuhl für tierversuchsfreie Forschung.
- Breitere Absatzmärkte regional erzeugter Bioprodukte (in allen öffentlichen Kantinen, Stärkung von Wochenmärkten).
- Stadtweite Reduktion des Fleischverbrauchs in städtischen Organisationen und Unternehmen, zum Beispiel in Kantinen, bei Festen und Empfängen. Keine steuerliche Förderung auf Fleischgerichte in Kantinen. Einsatz ausschließlich artgerecht produzierter tierischer Lebensmittel und Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten in allen Mensen und Kantinen der Stadt.
- Unsere Stadt soll zukünftig einen Teil ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln selber decken, etwa durch die Etablierung von Dachgewächshäusern und den Einsatz von Aquaponik für die Fischzucht.
- Förderung von Modellprojekten stadtnaher ökologischer Landwirtschaft
- Förderung und ökologische Weiterentwicklung von Kleingärten als Lebensraum zahlreicher Arten
- Das Thema " Biologische Vielfalt" muss dringend in die nachhaltige Stadtentwicklung integriert werden.

Mobilfunk – gesundheits- und umweltverträglich sowie datenschutzkonform gestalten

Die Nutzung des Mobilfunks, WLAN und anderer Funktechniken erleichtert und bereichert das Leben vieler Menschen. Schnell und überall verfügbare Informationen aus dem Internet, einfache und schnelle Kommunikation und die mobile Nutzung zahlreicher Informations- und Kommunikationsdienste sind Errungenschaften, die das Leben erleichtern. Viele Menschen wollen sie nicht missen.

Diese Errungenschaften gehen jedoch mit der Nutzung von vielen Ressourcen und Energie einher. Verschiedene Studien geben zudem ernst zu nehmende Hinweise auf mögliche Schäden von Menschen, Tieren und Natur durch Funkstrahlung, insbesondere in den Frequenzbereichen, die für Mobilfunk genutzt werden. Unumstritten sind Schäden durch die Erwärmung von Gewebe infolge starker Funkstrahlung. Die ÖDP fordert hier die konsequente Beachtung des Vorsorgeprinzips: Wo ernst zu nehmende Hinweise auf Schäden vorliegen, ist die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten je nach erwartbarem Schaden entsprechend einzuschränken. Dies fordern wir auch für den Ausbau von Mobilfunkinfrastruktur in Berlin.

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Keine Förderung des kommerziellen Mobilfunks durch die öffentliche Hand. Beim weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur ist einer Datenübertragung, welche elektromagnetische Umweltverschmutzung weitgehend vermeidet und einen möglichst geringen Energie- und Ressourcenaufwand mit sich bringt, grundsätzlich Vorrang gegenüber einer funkbasierten einzuräumen.
- Absenkung des Grenzwertes für die Mobilfunkstrahlung auf $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ – das ist etwa das Doppelte der Immission natürlicher elektromagnetischer Strahlung in dem Frequenzbereich, der für 5G genutzt werden kann (600 MHz bis 80 GHz). Wo Kinder oder gesundheitlich geschwächte Personen sich aufhalten, sowie in Schlafbereichen, sollte ein noch niedrigerer Grenzwert angesetzt werden.
- Ausweisung funkarmer Gebiete („Weiße Zonen“) für elektrohypersensible Menschen und Anerkennung der Elektrohypersensibilität als Krankheit (wie in der WHO, in Schweden und in Kalifornien); Anerkennung der klinischen Umweltmedizin als medizinische Fachrichtung; Einrichtung eines Lehrstuhls für biokonforme Elektrotechniken.
- Schaffung eines gemeinsamen Netzes für alle Mobilfunkbetreiber als öffentlich-rechtliche Aufgabe.
- Umsetzung des deutschen und EU-Vorsorgeprinzips auch beim Mobilfunk.
- Umfangreicher und durchgängiger Datenschutz, hohe Sicherheitsstandards für digitale Geräte; Sicherung von Grundrechten bei der Digitalisierung (keine gläsernen Bürger:innen, keine Nutzung der Bewegungs- und anderer Metadaten durch Mobilfunkanbieter zu eigenen Zwecken).

Impulse für Bildung, Kultur und Freizeit setzen

Bildung fördern, Kitas und Schulen stärken!

Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel für das spätere Leben - hier darf nicht gespart werden. Laut den Berichten der „Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin“ gibt kein Bundesland so viel Geld pro Schüler aus wie Berlin, dennoch bringt dies keine Verbesserung der Bedingungen für die Kinder und Jugendlichen hervor und es herrscht ein konstanter Lehrkräftemangel. Gleichzeitig gibt es einen riesigen Sanierungsstau bei Schulen.

„Herz und Verstand“ auszubilden ist die wichtigste Aufgabe der Schulen, verfrühter oder übermäßiger Einsatz digitaler Medien, wie er neuerdings propagiert wird, lenkt genau davon ab und stört die Erziehung anstatt sie zu fördern. Die Grundschüler brauchen motorische und sinnliche Erfahrung und Teamarbeit mit echten Menschen, nicht mit Computern.

Die vielfältigen kulturellen Angebote und der hohe Freizeitwert machen Berlin zur attraktivsten Großstadt Deutschlands. Sie erhöhen die Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner. Leider sind in der Vergangenheit Grünflächen und lebenswerte Räume verloren gegangen. Um die Lebensqualität zu erhalten und gleichzeitig den Freizeitverkehr so gering wie möglich zu halten, sollten alle Bezirke ein vielfältiges kulturelles Angebot aufweisen. Grünflächen und Naherholungsgebiete sind konsequent auszubauen. Schaffung von Raum für Kulturschaffende und Gemeinschaftswerkstätten fördern.

Die ÖDP bekennt sich zur Freiheit der Kunst, Kultur, Karneval, Forschung und Lehre, Presse und Rede!

Deshalb fordern wir als ÖDP:

- Einführung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgebhalts, das echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung bietet.
- Verbesserte Instandhaltung der Bildungseinrichtungen für angenehmere Lernatmosphäre, Förderung von studentischem Wohnraum. Lernmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen und keine Finanzierung durch Kopiergeld.
- Schulunterricht für alle Sinne: Musisches, Medienkompetenz und Kochen für alle Kinder, ein verstärktes Gewicht auf lebenskundliche Fächer wie Werken, Theaterunterricht, Anlegen eines Schulgartens. Hier können Einsichten in ökologische Zusammenhänge, (un-)fairen Welthandel, Tierschutz und Gesundheitsvorsorge gewonnen werden.
- Die ÖDP Berlin fordert für die Schulen eine adäquate Personalstruktur von Pädagoginnen, Sozialarbeitern und Psychologinnen.
- Gewinnung von mehr Lehrpersonal durch Bürokratieabbau bei Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Festzuschuss zum Umzug für Lehrerinnen und Lehrer, die für Ihren Job nach Berlin ziehen.
- Qualität vor Quantität bei den Kitas, Evaluierung der Qualität der Erziehung in den Kitas.
- Integration fördern heißt Sprachbarrieren abbauen: Frühe Bildungschancen für zweisprachige Kinder, Fremdsprachförderung bei kleinen Kindern. In Eltern-Kind-Gruppen und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen beherrschen.
- Vorausschauende Planung für Hallen- und Jugendkultur, inklusive der Förderung von Zwischennutzungen.

Förderung von Breitensport inkl. Kiezprojekten sowie Schwimmunterricht für Kinder und Jugendliche.

- Rechtssicherheit für die städtischen Musikschulen und Volkshochschulen! Seit einem Urteil des Bundessozialgerichts 2022 ist die Tätigkeit von Honorarkräften infrage gestellt, wichtige kulturelle und integrative Institutionen drohen in Berlin wegzubrechen. Die ÖDP fordert faire und rechtssichere Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen.
- Wiedereinführung des Museumssonntags – am ersten Sonntag im Monat kostenlos in alle Museen.